



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!



FRAUEN UND RECHTSEXTREMISMUS – EIN WIDERSPRUCH? FEMINISMUS UND ANTIRASSISMUS ZUSAMMEN GEDACHT

Broschüre zur Tagung am 08./09. Juni 2018

Impressum

Düsseldorf

© Dezember 2018

Herausgeber:

Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193

Fax: 0211 / 43 01-134

E-Mail: info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

V.i.S.d.P.:

Giovanni Pollice

Redaktion:

Sandra Hoeboer

Titelbild:

nailiaschwarz / photocase.de

Layout:

Doris Busch Grafikdesign

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Inhalt

Vorwort	4
Antifeminismus in der neuen Rechten	6
Einleitung	7
Antifeminismus in der neuen Rechten	8
Was ist die Neue Rechte?	8
Christlich-fundamentalistischer Antifeminismus.....	9
National-völkischer Antifeminismus.....	11
Antifeministische Narrative	12
Schluss.....	14
Literatur	14
Aktive Frauen und Netzwerke in der rechten Szene	15
Barcamp Hetze im Internet oder: Was tun gegen Hate Speech?	20
Barcamp Frauenrechte statt rechte Frauen	25
Rassismus und Antifeminismus als Herausforderung im Betrieb	25
Handlungsmöglichkeiten und Argumente für JAVen	28
Präventiv	28
Nach einem Vorfall.....	29
Argumente.....	30
Impressionen	32
Schlusswort	34

Vorwort

Giovanni Pollice, Vorsitzender des Vereins „Mach‘ meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens seit der Silvesternacht 2015/2016 in Köln werden Taten wie sexuelle Übergriffe bzw. jegliche Gewalt gegen Frauen von Rechten instrumentalisiert, um fremdenfeindliche Hetze zu verbreiten. Statt einer Solidarisierung mit den Opfern, werden die Taten von rechten Gruppierungen für rassistische Zwecke missbraucht. Hierbei propagieren sie, dass durch die Grenzöffnung die „deutschen“ Frauen nicht mehr geschützt sind. Dieser offenkundige Rassismus, in dem nur die nicht-deutsche Bevölkerung zu Tätern gemacht wird, ist ein wichtiges Ideologieelement der „rechten Bewegung“ geworden. Es wird von rechten Organisationen als Kampagne missbraucht.

Nach dem Mord einer jungen Frau in Kandel gründeten sich Bürgerinitiativen wie „Mütter gegen Gewalt“, bei deren Demos überwiegend männliche Personen aus verschiedenen rechtsextremen Gruppierungen und Parteien mitwirken. Gleichzeitig wird unser Frauenbild, welches in der Gesellschaft und Arbeitswelt durch eine selbstbestimmte und unabhängige Frau geprägt ist, vom rechten Gesellschaftsmodell angezweifelt. Die Kritik gegen das „Gender Mainstreaming“ findet Einzug nicht nur in den öffentlichen Diskurs, sondern macht ebenso wenig Halt vor den Werkstoren und wird zunehmend zu einem Problem für die Durchsetzung der Gleichbehandlung der Geschlechter am Arbeitsplatz.

Um diesen negativen Entwicklungen entgegenzuwirken, müssen Feminismus und Antirassismus zusammen gedacht werden. Dies gilt auch vor dem Hintergrund der aktiven, aber durchaus ambivalenten Rolle der Frau in der rechten Szene, die zwischen der traditionellen „Kümmern“ und der aggressiven, militanten „Kriegerin“ schwankt.

Bei dieser Tagung haben wir diese Aspekte aufgegriffen. Wir haben versucht, die Widersprüchlichkeit zwischen einer demokratischen Grundordnung und dem rechten Gesellschaftsmodell sowie Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die MultiplikatorInnen in der Arbeitswelt sowie in der Antirassismuserbeit und der Arbeit gegen Rechts haben, um diese Thematik in Betrieb, Schule und Gesellschaft zu bearbeiten.

An dieser Stelle möchte ich mich beim Kumpelverein-Team für die sehr gute inhaltliche sowie organisatorische Vorbereitung und natürlich bei allen Referentinnen und Referenten sowie bei den ModeratorInnen und bei allen TeilnehmerInnen für die hervorragende Partizipation bedanken.

Ein herzliches Glückauf!

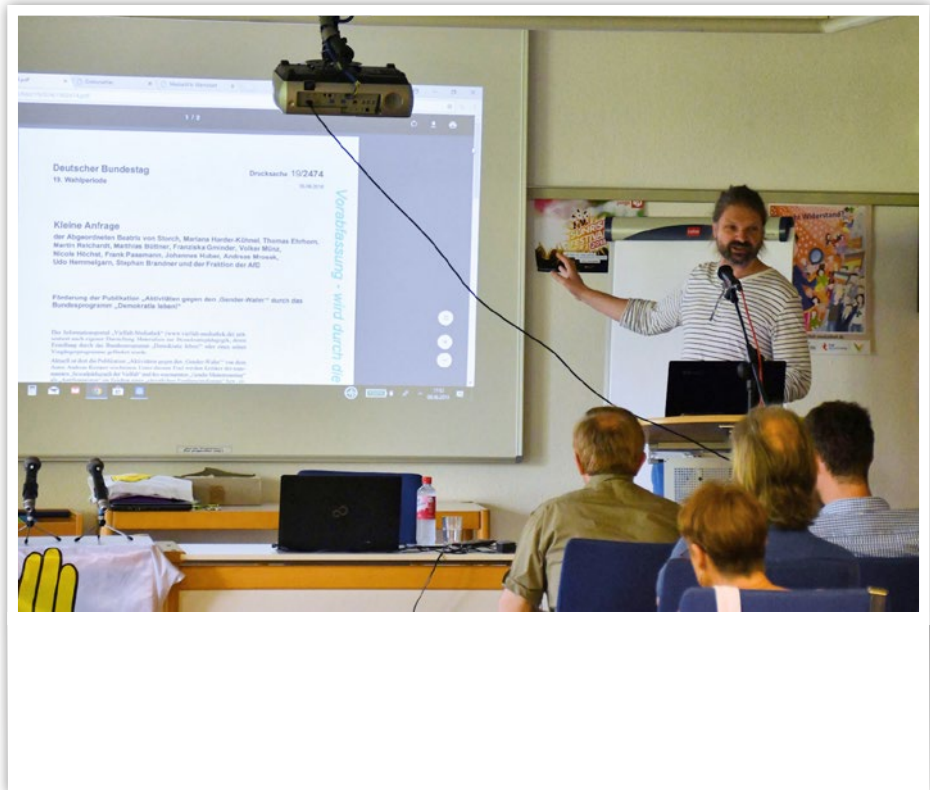
Giovanni Pollice

Vorsitzender

Mach meinen Kumpel nicht an!

Antifeminismus in der neuen Rechten

Andreas Kemper, Soziologe, Publizist



Einleitung

Antifeminismus gibt es, seit es Feminismus gibt. Der moderne Antifeminismus hat jedoch spätestens seit 1968 mit einer kulturellen Hegemonie in den Industriestaaten zu kämpfen, die sein eigentliches Anliegen – das Zurückdrängen der Erfolge von Frauen- und Queerbewegung – als antiquiert erscheinen lässt. Daher tritt der moderne Antifeminismus heute als Opferideologie auf: Er versucht, die Frauenbewegung sowie Queerbewegung und deren entsprechenden TheoretikerInnen als TäterInnen darzu-

stellen, als Unterdrückerinnen von Männern bzw. von Familien. Entsprechend tritt der moderne organisierte Antifeminismus thematisch mit zwei Opferideologien auf: als *Maskulismus*, der die vermeintliche Diskriminierung von Männern in den Mittelpunkt stellt, und als *Familismus* mit einer vermeintlichen Diskriminierung der sogenannten „traditionellen Familie“ als Thema. Relevante Auftritte und Institutionen des Antifeminismus agieren anonym und konspirativ, wie die maskulistischen deutschsprachigen Internetpräsenzen *Wie viel Gleichberechtigung vertritt das Land* und *Wikimannia* oder wie das familistische Netzwerk *Agenda Europe*.

Aufgrund der unterschiedlichen Markierung der vermeintlichen Opfer des Feminismus kann es zu Divergenzen bspw. hinsichtlich der Forderungen der Zuschreibungen der Kinder an Väter oder Mütter geben (Vaterrechtsbewegung versus Mutterrollenverständnis klerikaler Organisationen), doch letztlich ist der moderne organisierte Antifeminismus durch Diskurskoalitionen gekennzeichnet. Diskurskoalitionen verbinden narrative Verkettungen mit politischen Netzwerken. Der Antifeminismus besteht also aus einem Verbund von antifeministischen Erzählungen / Kampfbegriffen und Netzwerken. Der Antifeminismus konstituiert seine Netzwerke mithilfe antifeministischer Erzählungen und erzählt diese Narrative über seine Netzwerke.

Mit der Entstehung des Internets sind die Entwicklungen von Diskurskoalitionen vorangeschritten. Dies gilt insbesondere auch für antifeministische Diskurskoalitionen. Mit dem Internet haben sich Diskurskoalitionen dynamisiert und sind komplexer geworden. Der Versuch, diese Diskurskoalitionen im Papierformat abzubilden, sieht sich mit dem Aufkommen des Internets mit zwei Problemen konfrontiert: Erstens müssen aus Gründen der zunehmenden Komplexität konkrete Befunde stärker abstrahiert werden; zweitens steht zu befürchten, dass mit Drucklegung der Publikationen aufgrund der Dynamik des Internets bereits teilweise Inhalte überholt sind. Das heißt, mit Papierformaten können in der Regel nur begrenzt ausführliche und aktuelle Skizzen erstellt werden.

Antifeminismus in der neuen Rechten

Was ist die Neue Rechte?

Unter „Neue Rechte“ wird in diesem Artikel eine antifeministische Diskurskoalition zwischen rechts-klerikalen und national-völkischen Ideologien und Netzwerken verstanden. Diese Definition weicht ein wenig ab von der Definition der Gruppierungen, die sich in Folge der *Nouvelle Droite* Ende der 1960er Jahre in Europa entwickelten. Diese Organisationen im engeren Sinne entwickelten ausgehend von den Schriften des marxistischen Intellektuellen Antonio Gramsci das Modell einer national-völkischen *Metapolitik*, einer Vorrangstellung auf den „Kulturkampf“ statt auf Parteipolitik. In

Deutschland stehen vor allem das *Institut für Staatspolitik*, die *Junge Freiheit*, die *Identitäre Bewegung* und der völkische Flügel der *AfD* für diese sogenannte *Neue Rechte*.

Dass es seit einigen Jahren eine intensivierte Zusammenarbeit der sogenannten *Neuen Rechten* mit rechtskatholischen AkteurInnen („Integralismus“) und Rechts-Evangelikalen gibt, wurde nicht zuletzt durch einen kritischen Artikel in einer offiziellen katholischen Zeitung deutlich. Der Papst-Vertraute Antonio Spadaro sprach im Juli 2017 im Zusammenhang mit der Trump-Wahl kritisch von einer „Ökumene des Hasses“: „Die gefährlichste Aussicht auf diese seltsame Ökumene ist jedoch auf ihre fremdenfeindliche und islamophobe Vision zurückzuführen, die Mauern will und reinigende Deportationen. Das Wort ‚Ökumene‘ verwandelt sich in ein Paradox, in eine ‚Ökumene des Hasses‘. Intoleranz ist ein himmlisches Zeichen des Purismus. Reduktionismus ist die exegetische Methode. Ultra-Literalismus [wörtliche Bibelauslegung; A. K.] ist sein hermeneutischer Schlüssel.“¹ Beklagt wurde vor allem auch die Zusammenarbeit mit Stephen Bannon, dem ehemaligen Wahlkampfstrategen Donald Trumps.

In diesem Artikel mit dem Schwerpunkt auf antifeministischen Diskurskoalitionen wird daher von einem weiten und einem engen Begriff der „Neuen Rechten“ ausgegangen. Der enge Begriff bezieht sich auf national-völkisch argumentierende AkteurInnen, der weite Begriff bezieht neben national-völkischen auch rechts-evangelikale und -katholische AkteurInnen mit ein.

Christlich-fundamentalistischer Antifeminismus

Relevant für den christlich-fundamentalistischen Antifeminismus in Deutschland und Europa sind verschiedene evangelikal und rechts-katholisch orientierte Netzwerke. Neben dem im März 2018 aufgedeckten konspirativen Netzwerk „Agenda Europe“ (siehe Datta 2018) gibt es zahlreiche öffentliche Netzwerke.

Zu nennen wäre hier die US-amerikanische evangelikale „International Organization of Families“ (IOF), die jährlich den „World Congress of Families“ (WCF) durchführt. 2017 fand dieser Kongress mit Unterstützung der ungarischen Regierung in Budapest statt. Die IOF spricht sich gegen Sexualität außerhalb der heterosexuell verstandenen Ehe aus. Als 2014 aufgrund der Ukraine-Krise der WCF nicht wie geplant in Moskau

1 However, the most dangerous prospect for this strange ecumenism is attributable to its xenophobic and Islamophobic vision that wants walls and purifying deportations. The word ‚ecumenism‘ transforms into a paradox, into an ‚ecumenism of hate‘. Intolerance is a celestial mark of purism. Reductionism is the exegetical methodology. Ultra-literalism is its hermeneutical key.“ Antonio Spadaro / Marcelo Figueroa: „Evangelical Fundamentalism and Catholic Integralism: A Surprising Ecumenism“, In: *La Civiltà Cattolica*, 13.07.2017, www.laciviltacattolica.it/articolo/evangelical-fundamentalism-and-catholic-integralism-in-the-usa-a-surprising-ecumenism/

stattfinden konnte, sprang der oberste Repräsentant der Russisch-Orthodoxen Kirche ein und organisierte einen entsprechenden Kongress im Kreml. Partnerorganisationen waren 2017 unter anderem die US-amerikanische / die internationale Organisation „Alliance Defending Freedom“ (ADF) / „Alliance Defending Freedom International“ (ADF International) und die spanische Organisation „CitizenGo“.

Nach Informationen der Internetpräsenz des WCF war Sophia Kuby, Tochter von Gabriele Kuby, 2017 Vortragende in Budapest. Sie ist zugleich Mitarbeiterin bei ADF International und Verantwortliche für die Internetpräsenz des „Agenda Europe Summit“.

CitizenGo ist eine spanische Organisation mit Verbindungen zu radikalen mexikanischen Rechtskatholiken. CitizenGo organisiert europaweit antifeministische Referenden und war bspw. zusammen mit der Organisation „Demo für alle“ an einer Bustour gegen die „Ehe für alle“ in Deutschland beteiligt. Der Vorsitzende von CitizenGo, Ignacio Arsuaga, leitete 2012 den WCF in Spanien, war 2015 im Vorstand des „Howard Center for Family, Religion and Society“, also der US-amerikanischen Organisation, die für die Durchführung des „WCF“ zuständig gewesen ist. Der Vorsitzende des WCF, Brian Brown, sitzt wiederum im Vorstand von CitizenGo. Ignacio Arsuaga gehört laut Neil Datta zu den Funktionären von „Agenda Europe“.

Ganz ähnlich wie CitizenGo funktioniert auch das deutsche Netzwerk „Zivile Koalition“ von Beatrix von Storch (AfD-Vorstand). Mit Internetauftritten wie „Freie Welt“ und Initiativen wie „Initiative Familien-Schutz“ oder „Civil Petition“ wird bspw. Stimmung gegen die Ehe für alle und Pädagogik der Vielfalt gemacht. Beatrix von Storch leitete auch nach eigener Auskunft die „Demo für alle“ in Stuttgart. Nach einer internen Umstrukturierung ist Hedwig von Beverfoerde (Großnichte der verstorbenen Vorsitzenden der „Christdemokraten für das Leben“ Johanna von Westphalen) für die „Demo für alle“ verantwortlich. Ihre ehemalige Zuständigkeit für die „Initiative Familien-Schutz“ überließ sie zugleich dem Ehepaar Storch. Paul von Oldenburg, der Cousin von Beatrix von Storch, koordiniert auf europäischer Ebene die Interessen der international agierenden „Gesellschaften zum Schutz von Tradition, Familie und Privateigentum“ (TFP), die u. a. in Polen federführend ein Referendum für eine Verschärfung des Abtreibungsrechts durchführten.

Die „Demo für alle“, benannt nach der französischen Initiative „La Manif pour tous“, organisierte zunächst in Stuttgart, dann aber auch in Wiesbaden Demonstrationen gegen die Pädagogik der Vielfalt. Zudem organisierte die „Demo für alle“ Symposien und zusammen mit CitizenGo eine Bustour gegen die „Ehe für alle“. Beteiligt an den Aktionen der „Demo für alle“ waren neben Mathias von Gersdoff (TFP) auch Gabriele Kuby, Birgit Kelle und Karl-Christian Hausmann. Karl-Christian Hausmann ist der Vorsitzende der Universal Peace Federation in Deutschland, einem Ableger der Moon-Sekte. Kuby und Kelle nahmen als Vortragende an Veranstaltungen der UPF teil.

Beatrix von Storch hat auch Verbindungen zu den Christen in der AfD (ChrAfD). Die ChrAfD ist organisatorisch in zwei Sektionen aufgeteilt, die paritätisch besetzt werden: eine evangelisch/evangelikale und eine katholische Sektion. Die AfD-Abspaltung „Blaue Partei“ der ehemaligen AfD-Vorsitzenden Frauke Petry erhielt vor allem aus der evangelischen Sektion der ChrAfD Zulauf.



Nele Rüter, Referentin des Kumpelvereins, notiert die zentralen Erkenntnisse aus den Vorträgen

National-völkischer Antifeminismus

Die sogenannte „Neue Rechte“ im eigentlichen Sinn ist in Deutschland hinsichtlich der strategischen Einordnung der AfD gespalten. Auf der einen Seite gibt es die Position, die auf eine relativ schnelle Regierungsbeteiligung pocht, auf der anderen Seite die „metapolitisch“ orientierte „Neue Rechte“. Dieter Stein und Karl-Heinz Weißmann stehen mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ und der „Bibliothek des Konservatismus“ für den koalitionsorientierten Kurs; Götz Kubitschek, Björn Höcke, Jürgen Elsässer mit dem „Institut für Staatspolitik“, dem „Flügel“ („Erfurter Resolution“) in der AfD, dem Compact-Magazin, der Identitären Bewegung und der Deutschen Burdenschaft für die bewegungsorientierte Fundamentalopposition.

Die „Junge Freiheit“ betreibt zusammen mit fundamental-christlichen Initiativen und der „Zivilen Koalition“ die Seite „Gender-mich-nicht“. In der „Bibliothek des Konservatismus“ gibt es eine umfangreiche Abteilung zum Thema „Lebensschutz“. Auch das neue Hochglanzmagazin „Cato“ gehört eher zu dieser Sparte des modernen Antifeminismus einer völkisch-christlichen Kompromisslinie.

Die fundamentaloppositionell-„metapolitische“ sogenannte „Neue Rechte“ argumentiert rein national-völkisch. Hier finden sich sehr deutlich Fantasien „wehrhafter“ / soldatischer Männlichkeit und rassenbiologisch motivierte Bevölkerungspolitik. In seinen Agitationsreden fordert Höcke auf, sich das Bild eines Staatsmannes vorzustellen und dieses dann mit Merkel und von der Leyen zu kontrastieren: es fehle an Männlichkeit; erst die Polarität von Mann und Frau habe die europäische „Hochkultur“ ermöglicht; es gehe nicht darum, die Zahl der Gender-Professuren zu verringern; es gehe darum, Gender-Mainstreaming „aus Deutschland zu vertreiben“.² Im Sortiment des Antaios-Verlags des Instituts für Staatspolitik finden sich entsprechende Bücher, die explizit gewalttätige Männlichkeit propagieren oder rassenbiologische Fortpflanzungstheorien verbreiten. Hier finden sich geschlechterideologisch keine Unterschiede zu neonazistischen Gruppierungen.

Aktuell brüstet sich die sogenannte „Neue Rechte“ damit, die „wahre“ Frauenbewegung zu repräsentieren, die für die „vergessenen Frauen“ spreche. So gab es 2018 verschiedene „Frauenmärsche“, die der AfD nahestanden, und Störaktionen von der Frauengruppe „120db“ aus der Identitären Bewegung.

Antifeministische Narrative

Die geschlechterkonservative Grunderzählung, in die die Erzählung des modernen Antifeminismus eingewoben ist, lautet grob skizziert:

Antifeministische Narrative beziehen sich auf eine „organisch gewachsene“ „natürliche Ordnung“, deren „Keimzelle“ die „traditionelle Familie“, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern“, sei. Diese „natürliche Geschlechterordnung“ korrespondiere mit einer „Komplementarität der Geschlechter“, also einer wesenhaften Unterschiedlichkeit der Geschlechter, die in der gegenseitigen Ergänzung ihren Ausdruck finde. Abweichungen von dieser Norm seien irrelevant, oftmals Zeichen von Dekadenz und Perversion und gehen mit „Kindesmissbrauch“ einher. Als Merkmale dieser Zweigeschlechtlichkeit werden neben männlicher Rationalität und weiblicher Emotionalität auch männliche Aktivität und weibliche Passivität angeführt. Wenn Frauen nicht Ziel

2 Rede von Björn Höcke am 12.2.18 in Pirna, <https://afd-thueringen.de/2018/02/politischer-aschermittwoch-2018-rede-von-bjoern-hoecke/>

männlichen Begehrens werden wollen, sollen sie doch einfach „die Bluse zuzumachen“, statt den Mann pauschal zum Feind zu erklären. Kinder haben eine natürliche Bindung zu Müttern, die bereits mit der Befruchtung der Eizelle beginnt. Schwangerschaftsabbruch sei daher mit Mord gleichsetzbar. Kitas können diese Mutter-Kind-Bindung nicht ersetzen. Kinder brauchen aber Mutter und Vater, da sie sonst am „Eltern-Kind-Entfremdungssyndrom“ (Parental-Alienation-Syndrome (PAS)) erkranken. Viele psychosomatische Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen, aber auch „Verrohungen“ und „Werte-Nihilismus“ seien Erscheinungsformen des PAS.

Die Nation brauche ihre intakte „Keimzelle“ der „traditionellen Familie“, weil sonst ein „Wertezerfall“ der „europäischen Hochkultur“ einsetze, der zum „Niedergang der Nation“ führen könne – vor allem dann, wenn eine zu niedrige Geburtenrate insbesondere von deutschen Akademikerinnen zur „demografischen Katastrophe“ bzw. zum „Volkstod“ führe.

Diese „demografische Katastrophe“ könne nicht durch einen „Austausch“ der Bevölkerung abgewendet werden, da Männer aus „archaischen Regionen“ im Gegensatz zum weißen deutschen Mittelschichtmann sexistisch seien und den Wert einer intakten Familie für eine Hochkultur nicht zu schätzen wissen.

In diese geschlechterkonservative Grunderzählung ist der moderne Antifeminismus, der sogenannte „Antigenderismus“ eingewoben. Ihm liegt eine Verschwörungsideologie zugrunde, die mit einer dem Antisemitismus vergleichbaren territorialen Feindverortung operiert. Diese Ähnlichkeit zeigt sich bereits beim Schöpfer des Begriffs „Antisemitismus“, Wilhelm Marr, der bereits im 19. Jahrhundert als erster die Vokabel „Tugendterror“ mit Marxismus und dem vermeintlichen Niedergang der Nation („Finis Germania“) in einen Zusammenhang stellte – eine Erzählung, die heute im sogenannten „Antigenderismus“ wieder tonangebend ist.

Schauen wir uns das Narrativ des „Antigenderismus“ an, so findet sich die Aussage, dass der „Antigenderismus“ seinen Ursprung an der Ostküste der Vereinigten Staaten habe („Riots“ in der Christopher Street 1968, Judith Butlers Veröffentlichungen in den 1990er-Jahren). Es handele sich um eine Erscheinungsform des sogenannten „Kulturmarxismus“. Von der Ostküste der USA sei dann mit Hilfe der „Homolobby“ und des „Staatsfeminismus“ der Begriff „Gender“ in die Vereinten Nationen implementiert worden. Von hier aus sollen dann top-down suprastaatliche Institutionen wie das Europa-Parlament instrumentalisiert worden sein, um Maßnahmen gegen die „traditionelle Familie“ zu ergreifen. „Rotgrünlinks-versiffte“ JournalistInnen haben dann auf der Grundlage des „Wertezerfalls“ seit 1968 zusammen mit „Gutmenschen“ und „Social Justice Warriors“ nach und nach an der Zerstörung der „natürlichen Familie“ gearbeitet. Dieser „Wertezerfall“ lasse sich bspw. in der „Vergewaltigung“ der „natür-



lich gewachsenen deutschen Sprache“ erkennen. Mit der „Frühsexualisierung“ sollen die Kinder verwirrt und ihren Eltern entfremdet werden. Die „Homolobby“ und die „Pädogrünen“ haben da aber noch andere Interessen. Letztlich wollen die „Genderristen“ „an die Kinder ran“, um die „Keimzelle der Nation“, die Familie, und damit auch das deutsche Volk zu zerstören.

Die Stationen dieser Erzählung finden sich auch in antisemitischen Verschwörungsideologien: Ostküste der USA, „Weltjudentum“, „verjudete“ Presse, „dunkle Kinderrituale“, „Zerstörung der deutschen Familien“, „Zerstörung des deutschen Volkes“.

Die gleiche Erzählstruktur von „Antigenderismus“ und „Antisemitismus“ kann mit der Schwierigkeit zusammenhängen, die vermeintliche Unterdrückung einer vermeintlich natürlich überlegenen Gruppe und gegen die vermeintlich „natürliche Ordnung“ erklären zu müssen.

Auch das Motiv des „organisch gewachsenen“ versus die „Dekadenz“ bzw. „Entartung“ mag für die ähnliche Erzählstruktur verantwortlich sein. Eine weitere Rolle könnte die antifeministische Gleichsetzung von „ehrlicher“, „schaffender“ / „zupacken-

der Arbeit“ mit „natürlicher Männlichkeit“ und „Schmarotzertum“ mit „Feminat“ und „Homolobby“ spielen, die sich auch in der antisemitischen Differenzierung von „schaffender“ und „raffender“ Arbeit findet.

Antifeministische Narrative wie „Frühsexualisierung“ und „rotgrün-versifft“ verketten sich in rechten Äußerungen problemlos mit rassistischen Narrativen wie „Umvolkung“ oder „Biodeutsche“, weil sie eine gemeinsame Entstehungsgeschichte haben, die bereits in den 1920er-Jahren begann, weil sie im NS-Regime besonders relevant wurden, aber auch weil sie nach ‚45 nicht „begraben“ wurden, wie dies der Linguist Victor Klemperer für „Worte wie Arsendosen“ gefordert hatte.

Schluss

Der Artikel konnte nur grob die Facetten antifeministischer Diskurskoalitionen in der Neuen Rechten in Deutschland skizzieren. Neoliberale Ansätze, die aus den Forderungen nach unumschränkter „Vertragsfreiheit“ auch die „Freiheit“ zur Diskriminierung ableiten, und denen der Feminismus aus einer bestimmten Marktlogik ein Dorn im Auge ist, fehlen in diesem Artikel ebenso wie die lautstarke antifeministisch-maskulistische Szene. Antifeministische Diskurskoalitionen beziehen aber sowohl narrativ als auch netzwerkpolitisch neoliberale und maskulistische Ideologien mit ein.

Ich erlaube mir daher für eine vertiefende Lektüre des organisierten Antifeminismus in der sogenannten Neuen Rechten auf den internetgestützten „Diskursatlas Antifeminismus“ (www.diskursatlas.de) zu verweisen, der nach und nach ausgebaut wird und der als Wiki sowohl die Netzwerkstruktur als auch die Dynamik der antifeministischen Entwicklung detaillierter und aktueller darstellen kann als ein kurzer Artikel.

Literatur

Datta, Neil (2018): *Restoring the Natural Order. The religious extremists' vision to mobilize European societies against human rights on sexuality and reproduction*, Brüssel

Hajer, Maarten (2008): „Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung“, In: Janning, Frank/ Toens, Katrin (Hrsg.): *Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen*, Wiesbaden

Aktive Frauen und Netzwerke in der rechten Szene

Tanja Gäbelein, freie Fachreferentin



In der extremen und fundamentalchristlichen Rechten gibt es immer wieder Berührungspunkte zwischen Rassismus und Antifeminismus. Dies gilt vor allem für den Bereich der Bevölkerungspolitik. Wo passend, wird jedoch auch die Forderung nach einem Ende sexualisierter Gewalt gegen Frauen für rassistische Zwecke instrumentalisiert. Dabei finden sich zahlreiche Frauen als Akteurinnen und Netzwerkerinnen.

Eine wichtige Persönlichkeit im christlich-fundamentalistischen Spektrum ist Beatrix von Storch. Die AfDlerin entstammt dem Adelsgeschlecht der „von Oldenburgs“ und ist eine europaweit vernetzte Lobbyistin adeliger und fundamentalchristlicher Interessen. Ihre Kontakte reichen vom deutschen und europäischen Hochadel über christlich-fundamentalistische Kreise bis in den Vatikan. In der AfD war sie von 2014 bis 2017 Europaabgeordnete und ist aktuell Berliner Landessprecherin, Beisitzerin im Bundesvorstand sowie stellvertretende Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Darüber hinaus unterhält sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Sven von Storch das hochadelig-klerikale Kampagnen-Netzwerk „Zivile Koalition e. V.“. Dieses übt mit Massen-E-Mails, Petitionen und verschiedenen Internetseiten Druck auf Politikerinnen des deutschen und des europäischen Parlamentes aus. Vertreten werden hierbei vor allem EU-kritische Positionen sowie ein christlich-fundamentalistisches Geschlechter- und Familienbild. Von Storch positioniert sich gegen Abtreibung, Sexualpädagogik der Vielfalt und Gender-Mainstreaming, das sie für einen Plan zur Abschaffung der Geschlechter hält. Zugleich lehnt sie Einwanderung ab. Im Januar 2016 sorgte sie für einen Eklat, als sie auf die Frage, ob sie auch einen Schusswaffeneinsatz gegen flüchtende Frauen und Kinder an der deutschen Grenze befürworte, mit „Ja“ antwortete. Sie ist langjährige Mitorganisatorin des „Marsches für das Leben“ sowie zahlreicher „Demos für alle“.

Die „Märsche für das Leben“ finden seit 2002 in Berlin, seit 2008 auch in anderen Städten Deutschlands statt. Sie werden organisiert vom Bundesverband Lebensrecht, dem Dachverband christlich-fundamentalistischer, abtreibungsgegnlicher „Lebensschutz“-Gruppen in Deutschland. Thematisch richtet sich der Marsch in erster Linie gegen Abtreibung, aber auch gegen Sterbehilfe sowie gegen Pränatal- und Präimplantationsdiagnostik. Die inhaltliche Verengung ermöglicht es, ein heterogenes Spektrum von AbtreibungsgegnerInnen zu vereinen. So demonstrieren auf dem Marsch christliche FundamentalistInnen gemeinsam mit Mitgliedern von CDU, CSU und AfD sowie vereinzelt Rechtsextremen. Die Demonstrationen geben sich einen betont bunten, familienfreundlichen Ausdruck. Rassistische Argumentationen werden vermieden, auch weil diese im fundamentalchristlichen Spektrum umstritten sind. Gleichzeitig beteiligen sich am Marsch jedoch abtreibungsgegnliche Gruppen wie die „Aktion Lebensrecht für alle“, in deren Magazin es 2005 hieß: „Ein Volk stirbt im Mutterleib“. Diese bevölkerungspolitische Argumentation findet sich auch in Grundsatz- und Bundeswahlprogramm der AfD. Sie gibt dabei Abtreibung und Feminismus als Gründe für die gesunkene Geburtenrate bei weißen deutschen Frauen an.³ Angesichts steigender Einwanderung aus muslimisch geprägten Ländern

3 Vgl. AfD 2016: Grundsatzprogramm, 41

fordert sie eine „aktive Bevölkerungspolitik“⁴, die auch gesetzliche Einschränkungen des Zugangs zu Schwangerschaftsabbrüchen einschließt.⁵

Eine ähnliche Situation lässt sich für die „Demos für alle“ konstatieren. Entstanden sind diese im Jahr 2013 aus den Protesten der „Besorgten Eltern“ gegen den „Bildungsplan 2015“ in Baden-Württemberg. Hierbei ging es zunächst um eine Ablehnung von Sexualpädagogik der Vielfalt an Schulen. Nach wenigen Monaten wurde die Organisation von der „Initiative Familienschutz“ aus dem Geflecht der „Zivilen Koalition“ um Beatrix von Storch übernommen. Zugleich erweiterten sich die Proteste thematisch um die Ablehnung der Ehe für alle, des Gender-Mainstreamings sowie der Gender Studies. Der Name „Demo für alle“ wurde von der französischen „Manif pour tous“ übernommen, ebenso wie deren Ausdruck in blau und rosa als „typische“ Jungen- und Mädchenfarben. Auch hier versuchen die OrganisatorInnen, rassistische Argumentationen außen vor zu lassen. Wichtige Rednerinnen sind allerdings Gabriele Kuby und Birgit Kelle.

So ist Gabriele Kuby eine fundamentalkatholische Publizistin, die in verschiedenen Werken die „Schaffung eines neuen Gender-Menschen“⁶ sowie die Zerstörung heterosexueller Kleinfamilien durch eine sogenannte „Gender-Ideologie“ prophezeit. Sie hält Homosexualität für eine Krankheit⁷ und Sexualpädagogik der Vielfalt für staatliche Umerziehung. Unter dem Stichwort „Kultur des Todes“ kritisiert sie, dass die sinkende Geburtenrate unter weißen deutschen Frauen zu einem Anwachsen des muslimischen Bevölkerungsanteils führe. Als Folge komme es zu einem wirtschaftlichen und kulturellen Verfall Deutschlands, wie es Thilo Sarrazin beschrieben habe.⁸

Auch Birgit Kelle ist eine fundamentalkatholische Publizistin. Neben ihrer Kolumne „Volle Kelle“ in „The European“ schreibt sie auch für die neurechte „Junge Freiheit“, den rechtsextremen „Kopp-Verlag“ und die erzkatholische Internetseite „kath.net“. Sie ist Mitglied in der „Aktion Lebensrecht für alle“ und Mitorganisatorin der „Demos für alle“. In Publikationen und Talkshows positioniert sie sich gegen Abtreibung, Gender-Mainstreaming und Feminismus. Stattdessen müssen Frauen in ihrer vermeintlich natürlichen Rolle als Mütter gestärkt werden. Zur #Aufschrei-Debatte im Jahr 2013, in der eine sexistische Bemerkung des Politikers Rainer Brüderle gegenüber der Journalistin Laura Himmelreich öffentlich kritisiert wurde, schrieb sie das Buch „Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn“. Mit Blick auf die

4 AfD 2017: Bundeswahlprogramm, 36

5 Vgl. AfD 2017: Bundeswahlprogramm, 371

6 Kuby, Gabriele: Genderprogrammierung durch Sexualerziehung, in: kath.net vom 19.12.2018, unter: www.kath.net/news/66284; 29.12.2018.

7 Vgl. Kuby, Gabriele: Sexueller Totalitarismus, in: kath.net vom 19.05.2009, unter: www.kath.net/news/22954; 29.12.2018.

8 Vgl. Sanders, Jentsch, Hansen 2014: Deutschland treibt sich ab, Münster, 42.

Einwanderungsdebatte seit 2015 erklärte sie jedoch, wer nicht ertrage, wie deutsche Frauen sich kleiden, solle nicht einwandern dürfen.

Diese Argumentation, wonach vor allem männliche Migranten aus muslimisch geprägten Ländern eine Gefahr für hiesige Frauen und deren Emanzipation darstellen, wird auch von der „Identitären Bewegung“ aufgegriffen. Die europaweite Gruppierung ist der rechtsextremen Strömung „Neue Rechte“ zuzuordnen.

Sie propagiert die vermeintliche Gefahr eines „großen Austausches“ der europäischen Bevölkerung durch einwandernde Muslim*a. Auf diese Weise stilisiert sie ihren gegen Migration und Islam gerichteten Aktivismus zur „Notwehr“. Dabei arbeitet sie vor allem mit aufsehenerregenden Aktionen und deren professioneller Verbreitung über sozialen Medien. Feindbilder sind Migrant*innen, Liberale und Feminist*innen, die allesamt eine als natürlich angenommene Ordnung der Ungleichheit und Separation infrage stellen.

Am 31. Januar 2016 startete die Kampagne „120 Dezibel“. In einem mit dramatischer Musik unterlegten Video prangern Aktivistinnen aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ eine vermeintliche Explosion von Gewalt an europäischen Frauen aufgrund der gestiegenen Einwanderung an. Sexualisierte Gewalt wird dabei nicht als patriarchales Problem angesehen, sondern zur migrantischen Gewalt umgedeutet. Übergriffe seitens weißer europäischer Männer werden dethematisiert oder unter Verweis auf die vermeintlich höhere Gewaltrate unter migrantischen Männern heruntergespielt. Dabei zeigen zahlreiche Untersuchungen, dass über 70 Prozent der Täter aus dem sozialen Nahbereich der betroffenen Personen kommen. Haupttatort ist deren eigene Wohnung. Die Kampagne arbeitet zum einen mit der Einnahme einer Opferposition durch die beteiligten Frauen, stilisiert diese jedoch gleichzeitig zu starken und kämpferischen Aktivistinnen.

Auch die AfD-Politikerin Leyla Bilge sieht sexualisierte Gewalt vor allem als migrantisches Problem. Die deutsche Kurdin⁹ gründete 2014 den Verein „Leyla e. V.“, der vor allem aus ihr selbst zu bestehen scheint.¹⁰ Im Zuge dessen reiste sie mehrmals in die Türkei, den Irak und nach Syrien, um christliche und jesidische Geflüchtete vor Ort durch Spenden zu unterstützen. Die ehemalige CDU-Anhängerin kandidierte 2017 für die AfD und erklärte pauschal, 80 Prozent der ankommenden Geflüchteten fliehen nicht wirklich vor Verfolgung. Vielmehr verließen muslimische Männer mutwillig ihre

9 Der Hinweis auf ihre kurdischen Wurzeln dient an dieser Stelle dazu, der Annahme entgegenzuwirken, nur weiße Frauen seien in der Neuen Rechten aktiv.

10 So ist, wo immer der Verein genannt wird, ausschließlich von ihr selbst und ihren Reisen in Krisengebiete die Rede. Auch die Internetseite des Vereins bietet wenig Hinweise auf weitere Mitglieder. Einzig ein zweiter Vorstand ist entsprechend den rechtlichen Vorgaben auf der Internetpräsenz genannt.

Familien, um sich selbst ein besseres Leben zu machen. Gleichzeitig aber kritisiert sie den Familiennachzug. Im Frühjahr 2017 konvertierte sie zum Christentum, da der Islam frauenfeindlich und rückständig sei. Sie ist Rednerin bei Pegida-Demonstrationen, Moderatorin der rechtsextremen Compact-Konferenz und Referentin des ultrarechten AfD-Bundestagsabgeordneten Ulrich Boehme.

Bilge ist Anmelderin des sogenannten „Frauenmarsches“, der erstmals am 17. Februar 2018 durch Berlin ziehen sollte. Der Marsch richtete sich gegen die Asylpolitik der Bundesregierung, wobei erneut mit einer vermeintlich gestiegenen Gefährdung von Frauen in Deutschland durch männliche, muslimische Migranten argumentiert wurde. Dem Aufruf folgten vor allem Gruppierungen und Personen aus dem rechtsextremen Spektrum, wie das islamfeindliche Bürgerbündnis Havelland, die Identitäre Bewegung, Pegida, „Merkel muss weg“-AnhängerInnen, ReichsbürgerInnen sowie NPD-VertreterInnen. Auffällig ist dabei die Zusammensetzung des Organisationsteams, bestehend unter anderem aus Leyla Bilge, dem schwulen Publizisten David Berger, dem deutsch-libanesischen Filmemacher Imad Karim und der deutsch-iranischen AfDlerin Laleh Hadjimohamadvali. Deren gesellschaftliche Stellung als schwule bzw. migrantische Personen wurde genutzt, um Rassismus und Antifeminismus-Vorwürfe abzuwehren. Die Identität der OrganisatorInnen kann jedoch nicht über den rassistischen Charakter der Demonstration sowie über die antifeministische Agenda der teilnehmenden Gruppierungen hinwegtäuschen. So waren beispielsweise Transparente mit dem Slogan „Kandel ist überall“ präsent.

Am 27. Dezember 2017 wurde die 15-jährige Mia von ihrem Ex-Freund in einem Drogeriemarkt im rheinland-pfälzischen Kandel erstochen. Bei dem Täter handelte es sich um einen abgelehnten Asylbewerber aus Afghanistan. In der Folge kam es unter dem Slogan „Kandel ist überall“ zu verschiedenen Demonstrationen in Kandel und anderen deutschen Städten. Ebenso gründete sich eine maßgeblich von AfD-Abgeordneten geführte Initiative mit selbigem Namen¹¹ sowie das „Frauenbündnis Kandel“ des Mannheimers Marco Kurz. Gemein ist diesen Initiativen, dass sie die Ermordung Mias instrumentalisieren, um das reichlich beschriebene Argument zu untermauern, Frauen seien in Deutschland aufgrund der Einwanderung muslimischer Männer nicht mehr sicher. Entsprechend richteten sich auch diese Demonstrationen gegen Einwanderung und den Islam, statt für ein Ende von Gewalt gegen Frauen als gesamtgesellschaftliches Problem einzustehen.

11 Zum dreiköpfigen „Kernteam“ der Initiative gehören nach eigenen Angaben die ehemalige Vize-Vorsitzende des AfD-Kreisverbandes Rheinland-Pfalz Christane Christen und Christina Baum, AfD-Landtagsabgeordnete in Baden-Württemberg (vgl. EinProzent: Die Frauen von Kandel, EinProzent vom 12.03.2018, unter: www.einprozent.de/blog/aktiv/exklusivinterview-die-frauen-von-kandel/2255; 29.12.2018.).

Barcamps

MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Barcamp

	SESSION 1 Raum Schwalbach 20 Personen	SESSION 2 Raum Kronenberg 20 Personen	SESSION 3 Raum Hamburg 20 Personen
Runde 1 9:20 bis 10:20	Frauenrechte statt rechte Frauen. Argumente für JAV'en Sandra	Rassismus und Sexismus zusammen gedacht. Konzepte für Unterricht und außerschulische Jugendarbeit Klaudia	Hetze in sozialen Medien Lea
10:20 bis 10:30	Pause	Pause	Pause
Runde 2 10:30 bis 11:30	Gegen das Vergessen. Frauen im NS Uli		Warum wählen Menschen die AfD? Annette

Mach' deinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.

11

Während des Barcamps wurden zwei Runden mit je drei Sessions angeboten. In der ersten Runde sind die Themen der Sessions durch den Kumpelverein vorgegeben worden. Die Themen der zweiten Runde sind aus dem Kreis der TeilnehmerInnen angeboten worden.

Barcamp Hetze im Internet oder: Was tun gegen Hate Speech?

*Input von Lea Schmid (B. A. Soziale Arbeit, Autor*in, Herausgeber*in Unrast Verlag)*

Aussagen wie „Du schwule Sau!“, „Weg mit euch Feminazis!“ oder „Nein zur Islamisierung“ sind schon lange keine Sätze mehr, die uns ausschließlich auf rechtspopulistischen oder -extremistischen Kundgebungen oder Demonstrationen begegnen. Insbesondere junge Menschen haben einen klaren Bezug zu Hate Speech, der sogenannten „Hassrede“ im World Wide Web.

Im Barcamp zum Thema „Frauen und Rechtsextremismus“ lag der Fokus des zehnerminütigen Inputs explizit auf dem Phänomen der Hassrede, einer möglichen Begriffsdefinition, unterschiedlichen Erscheinungsformen von Hate Speech und wissenschaftlichen Erkenntnissen dazu. So wurde allen Teilnehmenden ein erster Einblick in das Themenfeld geboten, um anschließend in die moderierte Diskussionsphase überzuleiten. Hierfür wurden drei verschiedene Themenbereiche anhand des Vorwissens und eigener Erfahrungen und Einschätzungen der Teilnehmer*innen bearbeitet.

Hate Speech (engl.: „Hassrede“) stellt ein neueres Phänomen dar, welches sich primär auf die Aktivität im Internet beschränkt. Dementsprechend tritt Hassrede in fast allen Bereichen der digitalen Öffentlichkeit des World Wide Web auf, beispielsweise in den sozialen Medien, auf Weblogs, in Kommentarspalten verschiedener Medien oder gar in Videoform.

Jörg Meibauer definierte Hate Speech als einen „sprachliche[n] Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen [...], insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen“ (Meibauer 2013, S. 1).

Anhand dieser Begriffsdefinition wurde im Barcamp eine inhaltliche Grundlage zur gemeinsamen Weiterarbeit geschaffen.

So unterschiedlich die Ausprägungen im Bezug der Intensität von Hate Speech sein können, so verschieden sind auch die Formen der Hassrede. Direkte Hate Speech scheint in der Regel einfacher erkennbar zu sein. Sie zeichnet sich durch eine direkte Beleidigung einer (häufig marginalisierten) Menschengruppe aus, wohingegen die indirekte Form der Hate Speech schwieriger wahrzunehmen ist. Diese scheint auf den ersten Blick harmloser zu sein als die direkte Form. Jedoch ist zu sagen, dass sich indirekte Hassrede häufig auf Stereotype, Verallgemeinerungen oder Vorurteile beruft. So wird eine Personengruppe verallgemeinert, indem allen Zugehörigen dieser Gruppe bestimmte negative Eigenschaften oder Handlungen zugesprochen werden. Allgemein gilt zu sagen, dass sich Hate Speech in der Regel auch unter der Begrifflichkeit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenfassen lässt. So sind BPoC (Black People of Color), Menschen, die nicht der heterosexuellen, monogamen Norm entsprechen oder Menschen, deren Religionszugehörigkeit von der Norm abweicht, vermehrt betroffen. Hassrede stellt somit also auch immer ein Symptom ungleicher Herrschaftsverhältnisse dar. Auch Frauen* erleben eine gesonderte Form von Hate Speech. Diese tritt in der Regel sexualisierter, aggressiver und misogyn auf. Auch politische Feind*innen werden von Hassrede im Netz häufiger attackiert. So sehen sich insbesondere profeministische und antisexistische Aktivist*innen damit konfrontiert. Dabei ist zu erkennen, dass bei allen übergriffigen Hasskommentaren eine „Wir-Gruppe“ wie auch

eine Gruppe der „Anderen“ konstruiert wird, welche eine Grundlage dafür ist, den Hass zu schüren und Stereotype zu verbreiten.

Im Rahmen der moderierten Diskussionsphase wurden die Teilnehmer*innen dazu eingeladen, ihre Erfahrungen, Wahrnehmungen und Einschätzungen zu Hate Speech zu teilen. Mit dem Hintergrundwissen des Input-Referates zu einer Studie der Landesanstalt für Medien in NRW aus dem Jahr 2017 konnten die Teilnehmenden eigene Berührungspunkte zur Gewaltform erläutern. So fand die Studie beispielsweise heraus, dass 67 Prozent der Befragten bereits Hassrede im Internet wahrgenommen haben. Dieses Bild zeigte sich auch in unserer Gesprächsgruppe. Jeder teilnehmenden Person waren Hassrede und deren Ausprägungen ein bekanntes Phänomen. Hier wurde von einigen Teilnehmenden auch ein Bezug zu Fake News, den bewusst verbreiteten Falschmeldungen, hergestellt. Dies kann als Strategie zur Hassrede hinzugezogen werden, um Meinungen der Leser*innen bewusst zu beeinflussen. In der von der Landesanstalt für Medien in NRW herausgegebene Studie zeichnete sich außerdem ab, dass mehr als die Hälfte aller Befragten Hate Speech konsumierten, um später mit anderen Personen darüber zu sprechen. Dieser Austausch kann sich als eine Grundlage für politische Meinungsbildung herauskristalisieren. Unter Umständen findet somit eine Verschiebung eines Diskurses innerhalb zweier Öffentlichkeiten (online-offline) statt.

Die Verwendung von Hassrede als Strategie gegenüber politischen Gegner*innen zeichnete sich auch in unserer Diskussionsgruppe ab. So wurde unter anderem viel darauf eingegangen, dass insbesondere weibliche (linke) Politikerinnen von Hate Speech betroffen seien. Als Beispiel hierfür nannte der Diskutant Claudia Roth, welche sehr häufig Opfer von gewaltvoller Rede im Internet w. Für die Teilnehmer*innen war es außerdem sehr wichtig, darüber zu sprechen, wer hinter den verletzenden und übergriffigen Profilen steckt - eine Frage, welche wir nicht abschließend beantworten konnten. Letztendlich kam die Gruppe zu dem Entschluss, dass es sich bei den Täter*innen in den sozialen Medien sowohl um Fake-Profilen als auch um Profilen mit Klarnamen handelt und dass viele der dahinterstehenden Menschen nicht leicht zu greifen sind.

Besonders erwähnenswert ist außerdem die Verknüpfung von Hate Speech mit Gewaltandrohungen oder Aufrufen zu anderen justiziablen Handlungen. Diese wurden in der moderierten Diskussionsphase des Barcamps unter dem Themenüberpunkt „rechtliche Grundlagen“ debattiert. Ausgehend von der Fragestellung „Welche strafrechtlichen Grundlagen kennen Sie, die auf den Tatbestand der Hassrede angewendet werden könnten?“ erläuterten die Teilnehmer*innen den schmalen Grat zwischen dem Recht der freien Meinungsäußerung und dem Recht vor Schutz vor Hassrede und Beleidigung. Dabei wurde auch der Straftatbestand der Volksverhetzung genannt, welcher den Teilnehmenden vor allem bei rechtsextremen Gruppierungen ein Begriff war, ähnlich wie bei der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole. Im Folgenden wurde darüber gesprochen, welche reale Konsequenz das Einleiten rechtlicher Schritte für

den*die Täter*in haben könnte. Teilnehmende und Referent*in klagten darüber, dass Meldungen bei den sozialen Medien oder gar bei der Polizei nicht immer erfolgreich seien. Diese mangelnde Durchsetzungsmöglichkeit könne dazu führen, dass Menschen hassgeleitete Kommentare weniger zur Anzeige bringen. Im Jahr 2017 gab 1 Prozent der Befragten an, einen Hasskommentar angezeigt zu haben, wohingegen 22 Prozent die Kommentare bei den Betreiber*innen eines Portals gemeldet hatten.

Als Abschlusspunkt der Diskussionsphase war es allen Teilnehmenden ein Bedürfnis, über weitere Gegenstrategien fernab von Anzeigen zu sprechen. Hierfür wurde eine weitere Flipchart mit der (was?) angefertigt. Es ergab sich eine ungezwungene Runde, in der verschiedene Aktionsformen und Handlungsmöglichkeiten gesammelt wurden. Dabei stand auch ein aktivistischer und gewerkschaftlicher Gedanke im Vordergrund. Gemeinsam wurden Methoden vorgestellt und diskutiert.

Immer wieder kam die Frage auf, ob das Antworten auf Hasskommentare im Netz sinnvoll oder eher schwierig sei, da Kommentare wiederum die Bandbreite der Diskussion erhöhen und gegebenenfalls noch mehr Aufmerksamkeit auf den*die Täter*in ziehen könnten. 18 Prozent der befragten User*innen der Studie in NRW gaben an, bereits auf einen gewaltvollen Kommentar im Netz geantwortet zu haben, um diesen zu kritisieren. Diese Methode könnte insbesondere für Jugendliche wirksam sein, da sich diese mehr von der Meinung von Kommentator*innen beeinflussen lassen. In der jüngsten Gruppe der Befragten – von 14 bis 24 Jahren – gaben sogar 29 Prozent an, auf Hasskommentare kritisch geantwortet zu haben.

In der Diskussion wurde auch erwähnt, dass es durchaus sinnvoll sein könne, einen Hasskommentar zu melden. Schließlich sind die Betreiber*innen eines Portals rechtlich verpflichtet, diesen Meldungen nachzugehen und sie gegebenenfalls zu löschen. Leider stellte sich heraus, dass sowohl die Referent*in als auch die Teilnehmenden nicht immer Erfolg bei dieser Strategie erfahren hatten.

Von allen Teilnehmenden war es aber ein wichtiger Grundbaustein, sich solidarisch mit betroffenen Personen zu zeigen und eine Vernetzung anzustreben, um gemeinsam weitere Ideen und Handlungsstrategien zu erarbeiten. Auch hier spielen eine gewerkschaftliche Präsenz und die gegenseitige Unterstützung der Aktivist*innen eine wichtige Rolle.

Abschließend wurden von der Referent*in zwei mögliche Methoden im Umgang mit Hate Speech vorgestellt, welche, wie viele Teilnehmenden sich einig waren, dass sie sinnvoll sind, die Inhalte mit Ironie und Humor begegnen. Zum einen wurde die Website hatr.org vorgestellt, welche ihre Ursprünge in einer queere feministischen Com-

munity hat. Die Betreiber*innen sammeln auf ihrer Seite Hasskommentare, um sie zu veröffentlichen. Besucher*innen von hatr.org können nun die Inhalte der böswilligen Kommentare „facepalmen“¹² und sich somit über die Kommentator*innen lustig machen.

Hate Poetry¹³ nutzt ein sehr ähnliches Konzept, um mit Hate Speech umzugehen. Diese Idee geht auf ein antirassistisches Konzept zurück, bei dem deutsche Journalist*innen mit nicht-deutschem Hintergrund im Rahmen von Abendveranstaltungen auf Bühnen ihre rassistischen Kommentare vorlesen und diese interpretieren. Die Veranstaltung wurde zuerst 2012 vom taz-Café in die Welt gerufen.

„Zunächst dachte ich, das ist das bloße Verlachen dieser Idioten, die solche Briefe schreiben. Doch ich glaube, es ist mehr. Die Journalisten nehmen ja die rassistischen Kommentare genau dadurch ernst, dass sie sie nicht zu ernst nehmen. Sie versuchen, den Ernst der Gegenseite stets ins Gegenteil zu verkehren: ins Komische. Je fanatischer der Ernst der Gegenseite, desto ernster ihr Versuch.“
Martin Seel, Süddeutsche Zeitung.



Marco Jelic, Redakteur des Kumpelvereins bei der Moderation einer Barcamp-Session

12 „Face-palm“ (engl.: „Gesicht-Handfläche“) ist ein Begriff der Internet-Community. Er beschreibt das beschämte bis verzweifelte Halten der Handflächen vor das Gesicht, um Fremdscham oder Ungläubigkeit auszudrücken.

13 Hate (engl.: „Hass“). Poetry (engl.: „Poesie“)

Barcamp Frauenrechte statt rechte Frauen

Sandra Hoeboer, Referentin Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.



Rassismus und Antifeminismus als Herausforderung im Betrieb

Rassistische und antifeministische Narrative finden in der Gesellschaft eine immer größere Verbreitung. Unwidersprochen und unhinterfragt verfestigen sich stereotype Denkmuster aus denen sich diskriminierende Handlungen entwickeln können. Diese machen auch vor dem Arbeitsplatz keinen Halt.

Stereotypisierung ist die kognitive Zuschreibung von typisierten Eigenschaften auf Personen, Gruppen oder Gegenstände als Vereinfachung komplexer Kontexte und geschieht unbewusst. Stereotype basieren auf Erfahrung und Wahrnehmung und beinhalten keine Wertung. Wir finden sie alltäglich in der Werbung, in (Schul-)Büchern, in Filmen oder im direkten Kontakt mit anderen Menschen. Wird ein Stereotyp um eine

negative Wertung als emotionale Komponente ergänzt, entsteht ein Vorurteil. Kommt die Handlungskomponente hinzu, entsteht Diskriminierung, wie z. B. sexistische und / oder rassistische Diskriminierung.

Strukturelle und direkte Diskriminierungen in der Gesellschaft übertragen sich auf die Arbeitswelt oder beeinflussen diese. Dazu kommt, dass sich durch die vermehrte Erwerbstätigkeit der Frauen einige Männer in ihren Berufs- und Aufstiegschancen benachteiligt sehen. Sie sehen sich als Opfer der Frauen- und Gleichstellungsarbeit und der Gleichstellungsmaßnahmen und sind somit empfänglich für Antifeminismus.

Antifeministische Positionen wie die Agitation gegen eine vermeintliche „Gender-Ideologie“ verbindet Neurechte und Konservative mit Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft.¹⁴

In den vorausgegangenen Vorträgen wurde deutlich, dass sich extreme und fundamentalchristliche Rechte für die traditionelle Familie bestehend aus Vater, Mutter und Kindern sowie ein altes Rollenmodell einsetzen, wobei die Frau hauptsächlich die Sorge- und der Mann die Erwerbsarbeit übernehmen soll. Doch insbesondere junge Mädchen und Frauen sehen regelmäßige Erwerbsarbeit als Möglichkeit für ein selbstbestimmtes Leben.¹⁵ Die traditionelle Rollenverteilung verhindert die Selbstbestimmung junger Frauen und Mädchen.

Gleichzeitig instrumentalisieren rechtsextreme und rechtspopulistische Personen und Organisationen Gewalttaten an Frauen und Mädchen, um ihre rassistischen Parolen zu verbreiten. Dabei sehen sie sich als die BeschützerInnen von Frauen und haben sich bereits in einigen Städten zu „Bürgerwehren“ oder Bündnissen zusammengeschlossen und Kampagnen gestartet. Wie wir in den Vorträgen erfahren haben, propagieren sie, dass Gewalt an Frauen nur von der nicht-deutschen Bevölkerung verübt wird. Ein Beispiel ist die Kampagne „120db“. Der Name „120db“ führt auf die Taschenalarme zurück, die Frauen an ihrer Handtasche befestigen und in Gefahrensituationen auslösen können. Diese haben eine Lautstärke von 120 Dezibel und sollen Angreifer abwehren. Martin Sellner, ein bekannter Aktivist in der rechtsextremen Identitären Bewegung in Wien hat die Internetseite angemeldet, auf der sich die Kampagne darstellt. In dem Video der Kampagne stellen die Akteurinnen die aktuelle Situation für europäische Frauen als gefährlich dar. Die Aktivistinnen entstammen teilweise ebenfalls der Identitäten Bewegung. Die Frauen geben an, dass sie beim Joggen im Park und beim Warten an der Bushaltestelle Angst haben, von Männern mit Migrationshintergrund vergewaltigt zu werden. Diese Angst teilen mittlerweile immer mehr Frauen und Mäd-

14 www.diskursatlas.de/index.php?title=Hauptseite

15 Studie BMFSFJ, 2010



Monika Zimmermann, ver.di Frauenrat Bezirk, Land und Bund bei der Moderation einer Barcamp-Session

chen in unserer Gesellschaft und äußern ihre Sorgen auch im Betrieb. Die Identitäre Bewegung glaubt an eine von Wirtschaftsbossen, von PolitikerInnen und von Medien organisierte „Masseneinwanderung“, um westliche Staaten zu „islamisieren“ und eine „Umvolkung“ zu erreichen. Deutsche Frauen seien die ersten Opfer und gleichzeitig die Lösung des Problems. Statt sich für die „Umvolkung“ instrumentalisieren zu lassen, sollen sie Kinder mit deutschen Männern gebären und in der Erziehung die deutschen Werte vermitteln. Die Frauenbewegung der Identitären Bewegung „radikal feminin“ möchte in ihrem Blog¹⁶ junge Frauen erreichen und die Vorzüge aufzeigen, in Vollzeit Mutter und Hausfrau zu sein.

In den Parteiprogrammen der AfD sowie der NPD finden sich ähnliche Forderungen. So fordert die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm, den „Erhalt des Staatsvolks“ in das Grundgesetz aufzunehmen sowie die traditionelle Ehe und Familie mit Kindern zu bewahren und zu stärken. Sie möchte, dass die elterliche Betreuung von Kindern finanziell genauso unterstützt wird wie KiTas und Tagesmütter. Weiterhin lehnt sie die Umsetzung auf nationaler und internationaler Ebene ab, die Instrumente des Gender-Mainstreaming anzuwenden, wie Gleichstellungsbeauftragte oder geschlechtergerechte Sprache.¹⁷ Auch die rechtsextreme NPD hat in ihrem Programm zur Bundes-

¹⁶ <https://radikalfeminin.wordpress.com/2017/09/28/arbeit-und-familie-als-traditionelle-frau/>

¹⁷ AfD Wahlprogramm zur BTW 2017

tagswahl eine Stärkung von Familien gefordert und bezieht sich insbesondere auf kinderreiche Ehen mit Erhöhung des Kindergeldes ab dem dritten Kind und zinslosen Ehestandsdarlehen für die Familiengründung.¹⁸ Auf ihren Wahlplakaten hetzt sie mit dem Vorwand, Frauen gegen Asylbewerber schützen zu wollen, zum Beispiel mit der Aufschrift „unsere Frauen sind kein Freiwild – Asylterroristen abschieben“.

Die genannten Forderungen und Einstellungen der neuen Rechten haben einen direkten und indirekten Einfluss auf die Arbeitswelt, wie wir sie heute kennen. Die Hetze gegen Asylbewerber und Migranten wirkt bis in die Betriebe und vergiftet das Betriebsklima bis hin zur Gefährdung des Betriebsablaufs. Frauen sollen zurück an den Herd gedrängt werden, alle Bestrebungen für eine Gleichstellung von Frauen und Männern werden infrage gestellt. Gleichzeitig gibt es vermehrt rechte Betriebsratslisten, aber auch in den eigenen Reihen finden sich vermehrt Personen in den Gewerkschaften und Betriebsräten, die AfD wählen und deren Forderungen unterstützen. Der Stimmenanteil der AfD unter ArbeiterInnen bei der Bundestagswahl 2017 war besonders hoch.

Diese Entwicklungen stellen Interessenvertretungen in den Betrieben vor neuen und großen Herausforderungen.

Handlungsmöglichkeiten und Argumente für JAVen

Für die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) gibt es zahlreiche Möglichkeiten, sich gegen diskriminierende Handlungen im Betrieb und in der Verwaltung einzusetzen – auch präventiv, also noch bevor es einen Vorfall gibt! Die Möglichkeiten und Pflichten für betriebliche Interessenvertretungen sind im BetrVG, PersVG und im AGG geregelt.

Präventiv

Vorbild sein: Die JAV hat eine Vorbildfunktion für alle Auszubildenden und jungen Beschäftigten. Daher sollte hier schon darauf geschaut werden, ob die Geschlechter und Personen mit und ohne Migrationshintergrund gleichgestellt im Gremium vertreten sind. Gleichstellung und Antirassismus können als regelmäßige Tagesordnungspunkte in den JAV-Sitzungen thematisiert werden.

Schulungen anbieten: Schulungen, zum Beispiel zum Thema Vorurteile, wirken präventiv und können dazu beitragen, dass Diskriminierung im Betrieb erst gar nicht

18 NPD Wahlprogramm zur BTW 2017

entsteht. Gerne unterstützt der Kumpelverein mit Workshops und Schulungen, die speziell auf den Betrieb zugeschnitten sind.

Schulungen wahrnehmen: Die Mitglieder der JAV sind berechtigt, an Schulungen teilzunehmen, die für die Arbeit als Jugend- und AuszubildendenvertreterInnen erforderlich sind.¹⁹ Die Einzelgewerkschaften und der DGB bieten jedes Jahr zahlreiche Schulungen und Seminare an, in denen das Thema Diskriminierung im Betrieb behandelt wird.

Zeichen setzen: Die JAV kann in Abstimmung mit dem BR eine betriebliche Jugend- und Auszubildendenversammlung abhalten²⁰ und hierbei mit einem Redebeitrag oder mit Aktionen wie einer Foto- oder Plakataktion ein Zeichen setzen für Vielfalt und gegen Rassismus und Sexismus.

Betriebsrat verpflichten: Zu allen Sitzungen des Betriebsrats kann die JAV eine Vertreterin oder einen Vertreter entsenden.²¹ Außerdem kann sie beim Betriebsrat Maßnahmen beantragen, die der tatsächlichen Gleichstellung junger Beschäftigter sowie der Integration ausländischer junger Beschäftigter im Betrieb dienen.²² Für den Betriebsrat ergeben sich noch weitere Möglichkeiten, da er direkt Maßnahmen beim Arbeitgeber beantragen kann.²³ Außerdem kann er gemeinsam mit dem Arbeitgeber Betriebsvereinbarungen beschließen²⁴, die zum Beispiel einen diskriminierungsfreien Umgang der KollegInnen untereinander zum Ziel haben können. Der Betriebsrat hat nicht nur die Möglichkeit, sondern insbesondere auch die Pflicht, darüber zu wachen, dass jede Benachteiligung von Personen aufgrund diverser Merkmale wie Herkunft, Religion oder Geschlecht unterbleibt.²⁵ Hingegen ist es dem Arbeitgeber untersagt Beschäftigte aufgrund eines bestimmten Merkmals zu benachteiligen.²⁶

Gewerkschaft / Kumpelverein einbinden: Die zuständige Gewerkschaft kann beratend und unterstützend der JAV und dem Betriebsrat/Personalrat zur Seite stehen. Materialien, eine Best-Practice-Datenbank und Broschüren mit Handlungsmöglichkeiten gibt es zum Download auf der Internetseite des Kumpelvereins: www.gelbehand.de

Nach einem Vorfall

Sollte es trotz aller Prävention zu Diskriminierung kommen, gibt es im Nachgang ebenfalls einige Möglichkeiten für die JAV, zu handeln.

19 §37 Abs. 6 in Verbindung mit § 65 Abs. 1 BetrVG

20 §71 BetrVG

21 §67 Abs. 1 BetrVG

22 §70 Abs. 1 BetrVG

23 §80 Abs. 2 BetrVG / §68 BPersVG

24 §77 Abs. 2 BetrVG

25 §75 Abs. 1 BetrVG

26 §7 Abs. 1 AGG

Gespräch suchen: Um zunächst die Situation ausreichend erfassen zu können, kann im ersten Schritt mit allen Betroffenen sowie ZeugInnen das Gespräch gesucht werden. Hier sollte ein Mitglied des Betriebsrats hinzugezogen werden.

Betriebsrat ins Boot holen: Der Betriebsrat hat weitere Möglichkeiten, die insbesondere im Extremfall umgesetzt werden müssen. Dazu gehört die Entfernung betriebsstörender Arbeitnehmer in Form einer Versetzung oder Entlassung.²⁷ Auch nach einem Vorfall, kann der Betriebsrat Maßnahmen beim Arbeitgeber beantragen.²⁸ Weigert sich der Betriebsrat gegen Diskriminierung im Betrieb vorzugehen, reicht ein Viertel der Stimmen der wahlberechtigten ArbeitnehmerInnen im Betrieb, um die Auflösung des Betriebsrats zu beantragen.²⁹

Beratungsstellen kontaktieren: Opfer und ZeugInnen von Diskriminierung können sich außerdem an Beratungsstellen, wie die Antidiskriminierungsstelle des Bundes wenden. Hier gibt es eine Hotline für die kostenfreie Erstberatung.
www.antidiskriminierungsstelle.de

Argumente

Sexismus und sexuelle Gewalt dürfen weder in der Gesellschaft, noch im Betrieb verharmlost werden. Der Vorwurf, dass Taten mit sexuellem Motiv überwiegend und ausschließlich von geflüchteten Männern ausgehen, macht deutlich, dass rechtspopulistische Organisationen diese Taten ausnutzen um ein rassistisches Bild in die Gesellschaft zu tragen. Das ist nicht nur eine sexistische und rassistische Diskriminierung von geflüchteten Männern, sondern auch eine Instrumentalisierung der Opfer.

Frauen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Sie sollen selbstbestimmt entscheiden, ob sie Kinder haben möchten und wie viele und ob und sie einer Erwerbsarbeit nachgehen wollen und wie viele Stunden in der Woche. Frauen übernehmen noch immer den Großteil der unbezahlten Erziehungs-, Haushalts- und Sorgearbeit³⁰ und erhalten im Schnitt noch rund 21 Prozent weniger Gehalt als ihre männlichen Kollegen.³¹ „Gender-Ideologie“ und „Gender-Gaga“ sind von rechten Gruppierungen erfundene Begriffe, unter denen die Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter angegriffen und negativ dargestellt werden. Die Instrumente der Genderpolitik, wie die Gleichstellungsbeauftragten in den Betrieben und an den

27 §104 BetrVG

28 §80 BetrVG / §68 PersVG

29 §23 BetrVG

30 www.bpb.de/themen/NZTUQ6,0,Unbezahlte_Arbeit.html

31 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3261/umfrage/gender-pay-gap-in-deutschland/>

Universitäten, sind jedoch ein notwendiges Mittel, ohne welches sich die gesellschaftliche Einstellung zur Gleichberechtigung der Geschlechter nicht ändert.

In der heutigen Zeit ist es nicht mehr ausreichend, für die Erlangung neuer Frauenrechte zu kämpfen. Wir müssen auch kämpfen, um bereits Erreichtes zu erhalten oder, um Marielouise Janssen-Jurreit zu zitieren:

„Jede Frauengeneration, die gewonnene Rechte nicht verteidigt hat und neue nicht erobern wollte, hat schon ein Stück von ihnen verloren.“



Impressionen



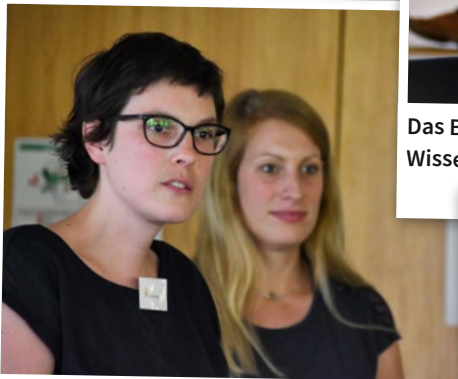
Dr. Claudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins



Björn Allmendinger, Leiter der „Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt“ (ARUG) und des „Zentrums Demokratische Bildung“ (ZDB)



Das Barcamp bot eine gute Möglichkeit für den Wissensaustausch



Pia Bräuning, IG Metall Ressort Frauen- und Gleichstellung und Manuela Hauer, Bundesjugendsekretärin der IG BCE kommentierten die Fachvorträge aus gewerkschaftlicher Perspektive



Ricarda Scholz, stellv. Vorsitzende des Vereins Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V. stellt die Methode „Barcamp“ vor



Nach den Vorträgen hatten die TeilnehmerInnen Raum für Fragen...



...und Diskussion



Romin Khan, stellvertretender Vorsitzender des Kumpelverein (links) verfolgt aufmerksam die Diskussion



Die TeilnehmerInnen hatten die Gelegenheit bei dem Barcamp eigenen Sessions anzubieten. Ulrich Titz erbrachte ein Input zum Thema „Gegen das Vergessen – Frauen im NS“.

Schlusswort

Birgit Koch, Landesvorsitzende der GEW Hessen



Feminismus und Antirassismus zusammen gedacht, das klingt gut.

Ich denke, es macht Sinn, wenn ich in meinem Schlusswort von den Themen ausgehe, bei denen wir uns als Bildungsgewerkschaft in Hessen am besten auskennen, also von Hessen in politischer Sicht, von Hessen in bildungspolitischer Sicht, und natürlich betrachte ich als Lehrerin die pädagogische Seite.

Damit möchte ich beginnen. Ja, es gibt sie: die extrem rechte Einstellung auch bei Mädchen. Wenn wir uns dieses Bild vorstellen, müssen wir eine große Hürde nehmen. Es existiert die herrschende Vorstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit. Rechts-

extremismus wird allenthalben als männliches Phänomen wahrgenommen. Da entstehen Bilder von meist schwarz gekleideten Kerlen, die grölend ihren Hass von sich geben.

Frauen sind meist nicht im Fokus. Sie bleiben unsichtbar. Ihnen wird seltener eine politische Meinung zugetraut, sie gelten gemeinhin als unpolitisch und ihnen wird noch weniger eine menschenverachtende Einstellung zugetraut. Frauen sind friedfertig. Frauen sind doch irgendwie die besseren Menschen.

Männer setzen häufiger Gewalt ein, wenn es um die Umsetzung ihrer – auch politischen – Ziele geht.

Frauen akzeptieren Gewalt weniger, aber dennoch gibt es ebenso Frauen, die rassistisch, antisemitisch und völkisch denken. Und allzu oft handeln sie auch entsprechend, wenn auch oft in anderen Formen als ihre männlichen Gesinnungsgenossen. Das gilt natürlich auch für Mädchen und Jungen, Schülerinnen und Schüler.

Die Schule und wir Lehrerinnen und Lehrer werden da zu Recht in die Pflicht genommen. Demokratieerziehung und politische Bildung sind ein zentraler Auftrag an die schulische Bildung, der in seiner Wichtigkeit für die Prävention nicht hoch genug geschätzt werden kann.

Allerdings muss ebenso klar sein, dass die Schulen das nicht alleine leisten können und dass außerdem die dafür notwendigen Rahmenbedingungen sichergestellt werden müssen.

Ich möchte auf die Bedeutung der politischen Bildung für die Prävention eingehen. Hier sind leider die Befunde für den Unterricht an den hessischen Schulen niederschmetternd. Niederschmetternd deswegen, weil die politische Bildung in den hessischen Schulen auf Sparflamme kocht.

Schon immer gelten in der Schule einige Schulfächer als besonders wichtig. Fächer wie Deutsch, Mathematik oder Fremdsprachen werden mit einem höheren Anteil von Unterrichtsstunden ausgestattet, in der Regel mit vier bis fünf Stunden pro Woche. Andere Fächer gelten als weniger wichtig. Sie werden dann zweistündig unterrichtet oder in einzelnen Jahrgangsstufen gar nicht unterrichtet. Dazu gehören auch die Fächer der politischen Bildung.

Das Hessische Schulgesetz umreißt den grundlegenden Bildungsauftrag der Schule in § 2 Abs. 2 in immerhin 15 Unterpunkten. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Ziele politischer Bildung. So soll die Schule Schülerinnen und Schüler „in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen“ unter anderem dazu befähigen, „die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen, staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl

durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen“.

Es ist kein Zufall, dass nach dem Recht auf schulische Bildung ohne Ansehen von „Geschlecht, Behinderung, Herkunftsland oder Religionsbekenntnis“ weder von der Kommunikation in Fremdsprachen noch von Algebra die Rede ist, sehr wohl aber von einer Entfaltung der Persönlichkeit „in der Gemeinschaft“.

Das ganzheitliche Bild, das der Gesetzgeber in Übereinstimmung mit der Hessischen Verfassung von jungen Menschen in der Schule, vor allem aber auch im Hinblick auf ihre Zukunft als Erwachsene hat, ist das des aufgeklärten und engagierten Staatsbürgers bzw. der Staatsbürgerin und des Bürgers und der Bürgerin Europas.

Und die Realität in den Schulen?

Schaut man in die Stundentafeln, ist von diesen hehren Zielen nicht mehr viel zu erkennen. So soll das Fach Erdkunde beispielsweise in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 der Hauptschule mit vier und in den Jahrgängen 8 und 9 mit drei Wochenstunden unterrichtet werden. Für das Fach Politik und Wirtschaft gibt es in den Jahrgangsstufen 5, 6 und 7 zusammen nur zwei Stunden. Die Schule könnte also entscheiden, dieses Fach in der Klasse 5 gar nicht anzubieten und in den Klassen 6 und 7 mit nur einer Stunde.

Solche Mysterien der Stundentafel, die an keiner Stelle begründet werden, findet man auch in den höheren Jahrgängen und genauso für das Fach Geschichte. Unterm Strich ist für alle Bildungsgänge für das Fach Politik und Wirtschaft nicht mehr als eine Stunde pro Woche und Jahrgangsstufe vorgesehen – und das bei einer Gesamtstundenzahl von 30 und mehr Stunden für den gesamten Fächerkanon. Das vor einigen Jahren neu geschaffene Fach, das ausdrücklich zulasten anderer Inhalte des alten Faches Sozialkunde auch Kompetenzen im ökonomischen Bereich vermitteln soll, ist zu einer Randerscheinung degradiert.

Dazu kommt, dass die Fächer der politischen Bildung mehr als alle anderen Fächer von Lehrkräften unterrichtet werden, die dafür nicht ausgebildet wurden.

Im Gegensatz dazu gibt es Fächer wie zum Beispiel Mathematik oder Biologie, wo der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts gegen null geht. Ist es nur die Gefahr von Unfällen wie in den Fächern Sport, Physik oder Chemie? Aber was ist mit den „Unfällen“, die entstehen können, wenn die Fächer der politischen Bildung zwar mit gutem Willen, aber ohne ausreichende Aus- und Fortbildung unterrichtet werden?

Denn hier entstehende „Unfallfolgen“ sind ebenfalls nicht gering zu schätzen: politisches Desinteresse, mangelndes Orientierungswissen, Gleichgültigkeit gegenüber dem, was in der Welt geschieht.

Und warum ist der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in den Fächern Politik und Wirtschaft, Geschichte und Erdkunde an Gymnasien viel niedriger als an den Hauptschulen?

Drängende gesellschaftliche und politische Probleme machen eine deutliche Aufwertung der Fächer der politischen Bildung dringend erforderlich.

Das gilt insbesondere angesichts des dramatischen Erstarkens von rechtsextremen und rechtspopulistischen Tendenzen. Deshalb muss aus der Sicht der GEW Hessen die politische Bildung an den Schulen deutlich gestärkt werden!

Dabei muss den Lehrkräften und den Verantwortlichen in der Bildungsverwaltung bewusst sein, dass auch Frauen für rechtsextreme Ideologien empfänglich sind, ja sogar zu rechtsextremen Gewalttäterinnen werden können.

Ich denke in diesem Zusammenhang auch an die Proteste gegen den neuen Lehrplan Sexualerziehung sowie die Proteste gegen die „Ehe für alle“.

Auch in Hessen hat die so genannte „Demo für alle“ gegen eine Modernisierung des Sexualkundeunterrichts mobilisiert und gehetzt.

Allein die vorgesehene Vermittlung von „Toleranz“ gegenüber sexuellen Orientierungen jenseits der heterosexuellen Norm geht ihnen zu weit. Man schlägt einen inhaltli-



chen Bogen von der Auseinandersetzung mit Regenbogenfamilien zur vermeintlichen „Umvolkung“ durch Migration.

Dabei sind und waren wichtige Akteure weiblich. Genannt werden können in diesem Zusammenhang etwa Birgit Kelle und Hedwig Beverfoerde. Auf den ersten Blick erscheint es paradox, dass ein Großteil der Akteure einer Bewegung, die sich dezidiert auch gegen Errungenschaften der Frauenbewegung wendet, Frauen sind.

Auf ihrer Homepage finden sich als politische Kernaussagen „Familien stärken!“ neben „Rechtsstaatlichkeit wieder herstellen!“ Auf perfide Art und Weise werden von Frau Harder-Kühnel, die dieses Phänomen idealtypisch zu verkörpern scheint, Fragen der Familienpolitik rhetorisch gegen Migrantinnen und Migranten gewendet.

Kinder und Jugendliche haben ein Anrecht, zu lernen, wie man politische, ökonomische und soziale Zusammenhänge durchleuchten und politisches Urteilen und Handeln lernen kann. Wenn wir davon ausgehen, dass Unterricht in den Köpfen von Kindern und Jugendlichen Gutes im Sinn des Demokratieauftrags des Hessischen Schulgesetzes und der Hessischen Verfassung bewirken kann, dann brauchen wir eine gründliche Renovierung, Intensivierung und Ausweitung politischer Bildung in den Schulen.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass sich die politische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Männern wie Frauen nicht allein in pädagogisch ausgerichteter Prävention erschöpfen kann. Bei organisierten Rechten mit einem fest gefügten Weltbild ist die politische Gegenwehr erforderlich.

„Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss“, hat Oskar Negt sinngemäß schon vor Jahren formuliert.

Demokratie als Staatsform muss in den hessischen Schulen eine größere Bedeutung erlangen, wenn wir Verhältnisse wie in Ungarn und Polen verhindern wollen.

Eine Form des Demokratielernens ist eine Veranstaltung wie diese hier heute. Gut, dass es Veranstaltungen wie diese gibt, und gut auch, dass es den Kumpelverein gibt.

Fördermitgliedschaft

Ja, ich möchte Fördermitglied werden. Mein Förderbeitrag beträgt 36 Euro, 50 Euro, 60 Euro, 75 Euro, 100 Euro, Euro und wird jährlich zu Lasten meines Kontos durch Lastschrift eingezogen.

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

Geburtsdatum*:

Organisation/
Gewerkschaft*:

Funktion*:

Telefon*:

E-Mail

**freiwillig Angaben*

Ja, ich möchte mich aktiv engagieren.

Einverständniserklärung „Aktiv für Chancengleichheit“

(Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Ich bin damit einverstanden Ich bin NICHT damit einverstanden, dass ich mit Name, Vorname, Gewerkschaftszugehörigkeit, Funktion und Wohnort als Fördermitglied im Magazin/ Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ (Print-, Webseite- und E-Mail-Version) erwähnt werde.

Wir weisen Dich darauf hin, dass deine im Magazin/Newsletter „Aktiv für Chancengleichheit“ veröffentlichte Daten auch in Staaten abrufbar sind, die keine der Bundesrepublik Deutschland vergleichbaren Datenschutzbestimmungen kennen und in denen die Vertraulichkeit, die Integrität (Unverletzlichkeit), die Authentizität (Echtheit) und die Verfügbarkeit der personenbezogenen Daten nicht garantiert ist. Deine Einwilligung kannst Du jede Zeit widerrufen.

SEPA-Lastschriftmandat

(Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.)

Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V., Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE40GHF0000595799

Ich ermächtige „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit e.V.“ auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belastenden Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber:

Straße:

PLZ/Ort:

IBAN:

BIC:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Einwilligungserklärung Datenverarbeitung

Ich bin damit einverstanden, dass meine personenbezogenen Daten von dem Verein „Mach' meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Fördermitgliedschaft stehenden Aufgaben zur Fördermitgliederverwaltung, -betreuung, -information sowie des Beitragsinzugs im erforderlichen Umfang erhoben, gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Eine Weitergabe der Daten an Dritte erfolgt ausschließlich zum Zweck der Umsetzung der oben genannten Aufgaben. Eine darüber hinaus gehende Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit meiner gesonderten Einwilligung. Mir ist bekannt, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung der vorbenannten Angaben freiwillig erfolgt und jederzeit durch mich ganz oder teilweise mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden kann.

Ort/Datum:

Unterschrift:

An

Mach meinen Kumpel nicht an! –
für Gleichbehandlung, gegen
Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

WERDE AKTIV UND NUTZE UNSER ANGEBOT!

Informieren und Vernetzen

Anregungen für Deine Aktivitäten kannst Du Dir auf unserer Webseite holen. Dort warten auf Dich u.a. unser Magazin „Aktiv für Chancengleichheit“ (auch als Print- und E-Mail-Version erhältlich) und die Good Practice Datenbank. Im Passwortgeschützten Forum kannst Du Dich mit Kolleginnen und Kollegen austauschen, Aktionen planen und noch mehr Ideen für Deine Arbeit gegen Diskriminierung und Rassismus holen!

Engagement anregen, Engagement auszeichnen

Du, Deine Berufsschule, Dein Berufskolleg oder Betrieb können an unserem Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ teilnehmen und mit einem Wettbewerbsbeitrag ein kreatives Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander zu setzen! Attraktive Preise warten auf Dich!

Fachwissen teilen

Für Deinen Betrieb, Gewerkschaft, Berufsschule/-kolleg oder Organisation bieten wir Veranstaltungen und Vorträge rund um Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gleichbehand-

lung in der Arbeitswelt an. Wir entwickeln auch Bildungsmaterialien, Unterrichtseinheiten und Lernmodule, die in Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und JAV-Seminaren eingesetzt werden können. Ruf uns an, wir beraten Dich gerne auch telefonisch.

Zeichen setzen

Unser Logo, die Gelbe Hand, kannst Du auf Plakate, Flyer oder Broschüren setzen. Unsere Anstecker, Aufkleber und Fahnen eignen sich hervorragend für Aktionen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus. Du kannst sie käuflich erwerben und dadurch auch die Arbeit des Vereins unterstützen.

Fachstelle „Junge Aktive“

Unsere Fachstelle „Junge Aktive“ spezialisiert sich auf die betriebliche und gewerkschaftliche antirassistische Jugendarbeit. Sie bietet Dir Beratung und Unterstützung in Deinem Engagement in der Ausbildung, Berufsschule und in der Gewerkschaftsjugend. Wir entwickeln Vorträge, Workshops und Projekte ausgerichtet an die Rahmenbedingungen bei Dir vor Ort. Wir helfen Dir, Dich mit anderen jungen Aktiven zu vernetzen und auszutauschen.

Unterstütze uns!

Unser Verein wurde 1986 von der Gewerkschaftsjugend gegründet und ist somit eine der ältesten antirassistischen Organisationen in Deutschland. Der Verein wird vom DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften unterstützt. Wir setzen uns für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus insbesondere in der Arbeitswelt ein.

Um unsere Arbeit erfolgreich fortsetzen zu können, brauchen wir Deine finanzielle und ideelle Unterstützung! In Form einer Fördermitgliedschaft als auch durch eine Spende, durch die Werbung weiterer Förderinnen und Förderer, durch das Tragen des Ansteckers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Unsere Bankverbindung:

NORD / LB

BIC: NOLADE2H

IBAN: DE17 2505 0000 0152 0339 99

Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden.



MACH' MEINEN KUMPEL NICHT AN!

**Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung,
gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.**

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 43 01-193
Fax: 0211 / 43 01-134

info@gelbehand.de
www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand